

„Keiner will Abhilfe schaffen“

Wohnraum für mehrfach schwerstbehinderte Menschen fehlen seit Jahren im Kreis / Die Familien sind inzwischen resigniert

Von Ann-Kathrin Just

KREIS PINNEBERG Was wird aus meinem Kind, wenn ich einmal nicht mehr bin. Mit diesem Gedanken beschäftigen sich wohl alle Eltern. Aber was ist, wenn das Kind 31 Jahre alt und schwerstbehindert ist? Marcel Pruns lebt bei seiner Mutter und ist auf Hilfe angewiesen. Alleine kann er keinen Alltag bewerkstelligen. Gerade jetzt in Zeiten der Corona-Krise mit Ausgangsbeschränkungen und der Schließung von Werkstätten für Behinderung.

Rita Pruns ist seit einigen Jahren auf der Suche nach geeignetem Wohnraum mit hohem Pflegebedarf für ihren Sohn. Seit langem kämpft sie und ist an eine persönliche Grenze gestoßen. „Keiner will Abhilfe schaffen, bei einem Problem, das seit vielen Jahren besteht.“

Im Kreis Pinneberg gibt es derzeit keinen Wohnraum für schwerstbehinderte Menschen. Die Folge: Entweder die Kindern bleiben bei ihren Eltern wohnen oder sie müssen in eine weit entfernte Einrichtung. „Das heißt bei diesen Personen, dass zusätzlich zur Behinderung ein normales Familienleben aufgrund der Entfernung kaum zu realisieren ist“, sagt Karin Reschke, ehrenamtliches Vorstandsmitglied der Lebenshilfe. Um daran etwas



Marcel Pruns lebt mit 31 Jahren noch immer bei seiner Mutter Rita Pruns. Sie teilen die Leidenschaft für „Mensch ärgere dich nicht“, welches sie häufig spielen.

FOTO: ANN-KATHRIN JUST

zu ändern, habe die Lebenshilfe vor einigen Jahren mit dem Kreis die grundsätzliche Einigung getroffen, dass eine solche Einrichtung entstehen soll, wie Reschke weiter ausführt. Die Lebenshilfe habe daraufhin ein Grundstück an der Straße Kaltenweide in Elmshorn gekauft. Das liegt seitdem brach.

Das Problem liege unter anderem in der Finanzierung, so

Reschke weiter. Grundsätzlich zahle die Lebenshilfe den Bau des Gebäudes. Der Kreis Pinneberg zahle der Lebenshilfe dann, sobald Menschen eingezogen sind, die Kosten für die Unterbringung. Und finanziert damit den laufenden Betrieb beziehungsweise refinanziert die Baukosten. So ist zumindest das Grundprinzip in der Theorie. An eine Lösung des Problems

glaubt Pruns schon lange nicht mehr. „Mir wurde beispielsweise geraten, in ein anderes Bundesland zu ziehen. Soll das wirklich die Lösung sein, nur weil der Kreis Pinneberg das nicht hinbekommt?“, fragt sie resigniert.

Für den Fall, dass sie aus gesundheitlichen Gründen ausfalle, habe sie eine lange Liste mit Pflegeheimen und -diensten ausgewählt, sagt Pruns.

Die über 60-Jährige fühlt sich alleingelassen mit der Sorge um ihren Sohn. Die Pflegeheime hatten ihre Anfrage abgelehnt, da sie sich entweder auf Demenzerkrankte spezialisiert oder wegen des Alters ihres Sohnes nicht aufnehmen wollen. Mit der Bemerkung: Was soll ein 30-Jähriger zwischen 70- und 90-Jährigen? Womit sie Recht haben, wie sie findet. Eine Lösung

sieht sie derzeit nicht. „Es scheint keine Antworten auf meine Fragen zu geben.“

Auch Familie Beeck ist von dem fehlenden Wohnraum betroffen. Miriram Beeck ist 39 Jahre alt. Alleine kommt auch sie nicht zurecht. Sie ist schwerst körper- und mehrfach behindert und hat einen großen Pflege- und Betreuungsbedarf. Für ihre Eltern ist das keine einfache Situation, denn um ihre Tochter zu sehen, müssen sie von Elmshorn nach Glückstadt fahren.

„Für uns ist es wichtig, eine dauerhafte Wohnmöglichkeit in unserer Nähe zu finden“, sind sich ihre Eltern Margret und Dittmar Beeck einig. „Solange wir noch in der Lage sind, den Kontakt zu unserer Tochter aufrecht zu erhalten“, fügt Margret Beeck an.

Sie brauchen eine halbe Stunde, um ihre Tochter zu besuchen. Grundsätzlich haben Menschen mit schweren Behinderungen einen erhöhten Assistenzbedarf, erläutert Reschke. Seit Jahren warten sie auf einen Wohnplatz im Kreis Pinneberg. „Diesen gibt es aber schlichtweg nicht“, sagt Reschke. „Viele Familien sind gezwungen, ihre erwachsenen behinderten Angehörigen weit weg, manchmal auch in ein anderes Bundesland, unterzubringen“, führt sie aus. Von dieser Situation seien derzeit circa 350 Menschen betroffen.